

Die Welt | 03.12.12

Bahn-Vorstand droht wegen S21 der Rauswurf

Mehrkosten könnten Milliarde übersteigen *Von Nikolaus Doll*

Volker Kefer und Verkehrsminister Ramsauer geraten wegen der horrenden Kosten immer mehr unter Druck

Die überraschende Ankündigung der Bundesregierung vergangene Woche, den Vertrag von Bahnchef Rüdiger Grube vorzeitig zu verlängern, kam genau zum richtigen, vermutlich strategisch geplanten Zeitpunkt. Womöglich sollte das ein Zeichen sein, dass der Bund fest zum Bahnchef steht. Denn die Konzernspitze wird bald heftig unter Druck geraten. Das Problem Stuttgart 21 ist erneut akut, das Schienenprojekt wird erneut deutlich teurer als bislang gedacht. Es sei davon auszugehen, dass drastische Mehrkosten anfielen, sagten mehrere gut informierte Personen der "Welt". "Wenn es bei einer Milliarde Euro bleibt, können alle Beteiligten froh sein", heißt es in Unternehmenskreisen. In der "Bild am Sonntag" war zuvor von Kostensteigerungen von bis zu einer Milliarde Euro die Rede.

Gründe für die Kostenexplosion sind nach Angaben gut informierter Kreise Nachforderungen der Landesregierung und unerwartete Probleme bei den Arbeiten. "Vor allem aber zu optimistische Annahmen seitens der Projektplanung und fehlende Puffer – schlicht krasse Fehlplanung", heißt es. So würden bereits jetzt beteiligte Firmen Nachforderungen stellen, vor allem die Schienenanbindung samt Bahnhof am Stuttgarter Flughafen habe die Kosten erneut drastisch nach oben getrieben. Allerdings sei ein Projekt mit 60 Kilometern Tunnel und mehreren Bahnhöfen auch ohne Beispiel. "Angesichts der neuen Probleme bei Stuttgart 21 wird die Vertragsverlängerung von Rüdiger Grube, die auf der nächsten Sitzung beschlossen werden soll, ein heißer Ritt", heißt es im Umfeld des Aufsichtsrates.

Das Kontrollgremium kommt am 12. Dezember zu einer Sitzung zusammen, dort sollen die Kontrolleure über die Kostensteigerung informiert werden. Die Angelegenheit wird im Konzern als so brisant eingestuft, dass den Kontrolleuren diesmal anders als üblich zur Vorbereitung der Sitzung keine Unterlagen zugegangen sind, in denen Stuttgart 21 eine Rolle spielt. Es sollte vorab nichts nach außen dringen. "Vor allem Volker Kefer steht stark unter Beschuss. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ihn diese erneute Kostensteigerung das Amt kosten wird", sagt eine mit den Vorgängen vertraute Person. Vorstand Volker Kefer ist zuständig für Technik, Netz, Bahnhöfe und alle Bauprojekte wie Stuttgart 21. Kefers Vorgänger Stefan Garber war bereits über das stark umstrittene Bahnprojekt in der baden-württembergischen Landeshauptstadt gestolpert. Eine der ersten Amtshandlungen Rüdiger Grubes war Anfang 2010 die Abberufung Garbers gewesen, nachdem der weitere Kostensteigerungen eingeräumt hatte.

Mit den neuen Hiobsbotschaften wird Stuttgart21 zunehmend zu einer Belastung für Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Er gilt als einer der einflussreichsten Befürworter des Aus- und Umbaus in Stuttgart und wichtigste Stütze von Bahnchef Grube im Ringen mit der projektkritischen Landesregierung in Stuttgart. Nachdem es beim Panneflughafen [Berlin](http://www.welt.de/themen/berlin-staedtereise/) (Link: <http://www.welt.de/themen/berlin-staedtereise/>) [BER](http://www.welt.de/themen/berlin-staedtereise/) (Link: <http://www.welt.de/themen/berlin-staedtereise/>) bereits immer wieder zu Verzögerungen auch wegen Problemen beim Brandschutz gab, wiederholt sich das Ganze nun bei Stuttgart 21. Ramsauers Staatssekretäre sitzen in den Aufsichtsräten der beiden beteiligten Unternehmen, Flughafengesellschaft und Deutsche Bahn. "Diese Tatsache wird zunehmend zu einer Last für den Minister", heißt es im Umfeld der Bahn.

Die SPD will nun den Bundesverkehrsminister vor den Verkehrsausschuss laden. Fraktionsvize Florian Pronold sagte der "Bild am Sonntag": "Der Bundestag muss umfassend über drohende Kostensteigerungen bei S21 informiert werden. Wir erwarten, dass Minister

Ramsauer in der nächsten Ausschusssitzung am 11. Dezember für umfassende Aufklärung sorgt." Es ist nun davon auszugehen, dass Stuttgart 21 in den kommenden Jahren von einer Prozesswelle begleitet wird. Denn nach Informationen der "Welt" denkt die Bahn auch nach der neuerlichen Kostenexplosion nicht daran, sich von dem Projekt zu verabschieden. "Das ist ausgeschlossen. Die Kosten, die uns dann entstünden, sind am Ende höher als die jüngste erwartete Kostensteigerung", sagt ein Bahnmanager. Intern geht die Bahn davon aus, dass sie bei einem Ausstieg bis zu zwei Milliarden Euro aufwenden müsste – und dann noch nicht mal einen neuen Bahnhof hätte. Unabhängige Fachleute gehen von einer Milliarde Ausstiegskosten aus. Egal ob Ausstiegs- oder Mehrkosten: Die Bahn muss sich darauf einstellen, diese selbst zu schultern oder jahrelang Prozesse darüber zu führen. Denn die Übernahme der Mehrkosten sind in der Finanzierungsvereinbarung der Projektbeteiligten zwar detailliert ausgehandelt – allerdings nur bis zur einer Grenze, die längst gesprengt ist. Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) erklärte bereits, keine weiteren Mehrkosten zu finanzieren.